

**Sitzungsvorlage**

Nr.: 2014/950

**Antrag****Antrag der SPD-Fraktion zur Schulentwicklung vom 11.11.20014**

Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur	12.11.2014	<b>TOP 5.3</b>
Kreisausschuss	08.12.2014	<b>TOP</b>
Kreistag	15.12.2014	<b>TOP</b>

**Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Schulentwicklung in Lüchow-Dannenberg**

Schulentwicklung in Lüchow-Dannenberg muss sich an den Belangen von allen an Schule beteiligten Personen orientieren. Schülerinnen und Schüler dürfen nicht deshalb benachteiligt werden, weil sie im ländlichen Raum leben. Dem pädagogischen Personal in den Schulen kommt dabei eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Den Interessen der Kommunen und des Landkreises als Schulträger ist insoweit Rechnung zu tragen, wie sich dem einordnen.

Die Schullandschaft in Lüchow-Dannenberg wird sich in den kommenden Jahren erheblich verändern (müssen). Das ist nicht nur dem demografischen Wandel sondern auch der Tatsache geschuldet, dass es weitreichende Veränderungen in der Schulgesetzgebung geben wird.

Der Landkreis steht unter anderem vor der Herausforderung, dass es an verschiedenen Standorten wie Dannenberg erheblichen Baubedarf an Schulgebäuden gibt. Zum Teil herrschen im Schulzentrum Dannenberg bauliche Zustände, die ein erfolgreiches Arbeiten für LehrerInnen und SchülerInnen sehr behindern. Auch aus anderen Schulen wie zum Beispiel Gartow werden schlechte Bauzustände gemeldet. Für die Haushalte des Landkreises bedeutet dies, dass erhebliche Investitionen anstehen, die auch davon abhängen, wie die Schulen organisiert werden.

Mit der Errichtung einer KGS in Clenze hat Lüchow-Dannenberg in den neunziger Jahren ein Erfolgsmodell auf den Weg gebracht. Gemeinsame Schule hat dort den Standort gesichert und weiter entwickelt. Möglich war dies jedoch nur, weil SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und die Standortkommune mit eigenen Voten für diese Schule gekämpft haben. Durch die Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Dannenberg ist dort inzwischen das Abitur möglich.

Der Landkreis setzt sich - auch deshalb - da für gemeinsame Schule ein, wo sie breit getragen wird. Dazu gehören neben eindeutigen Voten von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern auch klare Positionsbestimmungen der zu beteiligenden Kommunen.

Nach Vorliegen des neuen Schulgesetzes und einer Bewertung der sich daraus für den Landkreis ergebenden Möglichkeiten müssen unverzüglich die erforderlichen Schritte eingeleitet werden, um eine Klärung insbesondere für die Standorte Hitzacker und Dannenberg herbeizuführen.

Für die Vorbereitung einer solchen Klärung sollte die Planung der baulichen Umsetzung mit eingebunden werden. Hierfür sollte ein Entwicklerteam bestehend aus:

- VertreterInnen der Schulleitungen und Lehrerinnen
- VertreterInnen der SchülerInnen
- VertreterInnen der Eltern
- VertreterInnen des Schulträgers (Verwaltung + Politik)
- Architekten (extern)
- Pädagogische Beratung (extern)

eingesetzt werden. Dieses Team berichtet dem Schulausschuss des Landkreises regelmäßig über seine Arbeitsergebnisse.

Eine Bereisung von Schulen, die dazu dient die Planung zu erleichtern ist durch die Verwaltung vorzubereiten und in Absprache mit der Entwicklungsgruppe durchzuführen.

Heike Bade

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

**Anlagen:** keine**Finanzielle Auswirkungen:** Reisekosten